

Gespräch mit Sigmar Gabriel und Joseph Vogl

Ein sozialdemokratisches Europa

Sigmar Gabriel hat sich als Herausgeber des Buches »Die Kraft einer großen Idee« (erschienen bei vorwärts|buch) dem Spannungsfeld von Demokratie und Kapitalismus gewidmet. Das Kompendium versammelt kurze und prägnante Beiträge zu den zentralen Begriffen der europäischen Moderne und der Sozialen Demokratie. Der Literatur- und Kulturwissenschaftler Joseph Vogl wirft in seinem viel-diskutierten Essaywerk »Das Gespenst des Kapitals« (erschienen bei diaphanes) kritische Blicke auf die als Ausnahmefälle deklarierten Krisen der Finanzsysteme und identifiziert sie als immanente Bestandteile des heutigen Kapitalismus. Der vorwärts|buch-Verlag hatte eingeladen zum Gespräch des Parteivorsitzenden mit Joseph Vogl im Berliner Theater »Hebbel am Ufer« (HAU) über die Verflechtungen von Politik und Wirtschaft, die Krise der Europäischen Union und das Menschenbild der SPD. Es moderierte Ines Pohl, Chefredakteurin der »taz«.

Ines Pohl: Die Zukunft Europas ist derzeit das zentrale Diskussionsthema. Ist unser Blick hierbei nicht viel zu eingengt auf die Finanz- und Staatskrise?

Sigmar Gabriel: Die gesamte Debatte um Europa leidet darunter, Ressentiments zu mobilisieren. Es ist eine Unart aller politischen Kräfte gewesen, von der sogenannten »Nettozahlerposition« Deutschlands zu reden. Die öffentliche Debatte ist m.E. sehr reduziert. Die Diskussion um Griechenland ist lediglich ein Nebenkriegsschauplatz. Die entscheidenden Fragen lauten: Wer entscheidet über die Finanzierungsbedingungen von Staaten? Wer entscheidet über die Frage, wie wir Europa konstruieren und wie wir zusammenleben wollen? Und: Sind wir bereit, Europa als politisches Ziel, auch als Interessenvertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger in der Welt zu formieren und auszubauen? Das wäre doch eine neue Aufgabe Europas. Die eminent politischen Fragen betreffen also keineswegs das Phänomen der Finanzkrise, sondern die Art

und Weise des globalen Zusammenlebens, und vor allem, wer darüber entscheidet – die Kapitalmärkte oder wir selbst.

Pohl: Inwieweit ist die aktuelle Generation bereit, dafür zu »zahlen«?

Gabriel: Die größte Sorge bereitet mir die Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Im Jugendalter wusste ich nicht viel über die Europäische Union, *Europa* war aber immerhin ein Begriff, eine Idee, ein Projekt, das man intuitiv »dufte« fand. Die jungen Arbeitslosen in Griechenland, Spanien, Italien sowie in Frankreich und Großbritannien erleben Europa völlig anders. Das sind aber die Menschen, die in 10, 20 Jahren Europa gestalten, entwickeln und aufbauen sollen. Wir haben zudem in den letzten Jahren durch die Fokussierung Europas auf den reinen Binnenmarkt jeden emotionalen Bezug der Menschen für das europäische Projekt erstickt.

Pohl: Wie kann dem entgegengewirkt werden?

Joseph Vogl: Alle europäischen Projekte der SPD in der Vergangenheit sind gescheitert. 1913 die große Sozialistische Internationale gegen den aufziehenden Weltkrieg etwa. 1914 gab es dann die Zustimmung zu den Kriegskrediten. Selbst heute ist die Internationale der konservativen Parteien wesentlich besser organisiert als die Sozialistische Internationale – in Europa zumindest. Die SPD könnte in dieser Hinsicht aus ihrer Geschichte einiges lernen. Die problematische Rolle, bzw. Lage Deutschlands ist ein weiterer, wichtiger Faktor. Deutschland gelingt es im Augenblick, die Effekte der Krise äußerst effizient an die Ränder zu exportieren und damit Erosionen zu erzeugen. Der Auftrag der Sozialdemokratie wäre es also, den Ernst der Lage, eine Anschauung der Krise nach Deutschland zu *reimportieren*.

Pohl: Was genau meinen Sie damit, die Krise zu *reimportieren*?

Gabriel: Dass wir uns eine Vorstellung darüber verschaffen, wie sich die Krise in anderen Ländern auswirkt und eine politische Empathie für die Geschehnisse außerhalb Deutschlands wecken. Die Sozialdemokratie muss deutlich machen, dass das Zentrum auf Dauer nicht unberührt von den Vorgängen in der Peripherie bleiben kann. Die Klugheit auch konservativer Politiker nach 1945 war, zu wissen, dass es in Europa um die Begrenzung der Machtposition Deutschlands geht. Hier zeigt sich der Paradigmenwechsel, dass es weder einen deutschen militärischen noch einen deutschen ökonomischen Sonderweg geben darf. Wir müssen aufpassen, dass Deutschland durch seine ökonomische Macht und Größe nicht wieder in eine hegemoniale Stellung gerät: Zum ersten Mal in der Geschichte der EU diktiert die Bundesrepublik mit ökonomischer Macht die europäischen Entscheidungsprozesse, anstatt diese mittels Verhandlungen durchzusetzen.

Vogl: Es geht in diesem Zusammenhang auch um das Fehlen von Seismografen. Das Scheitern einer linken gesamteuropäischen Bewegung ist hier zu nennen oder die gegenwärtig träge Bestandsaufnahme der Sozialdemokratie von neuen Oppositionsbewegungen wie Occupy oder der Piratenpartei. Die SPD ist vielmehr damit beschäftigt, sich diese Unwohlsein erzeugenden Erscheinungen vom Leib zu halten und ist vor allem fixiert auf die Frage ihrer sogenannten Regierungsfähigkeit, anstatt in ihnen mögliche solidarische Reservoirs zu erkennen und zu mobilisieren.

Gabriel: Da bin ich anderer Meinung. Wie kann man einer sozialdemokratischen

» Es geht darum, unseren Freiheitsbegriff wieder gegen den neoliberalen zu verteidigen. Menschen sollen aus ihrem Leben etwas machen können. «

(Sigmar Gabriel)

Partei vorwerfen, dass sie sich Gedanken über die Regierungsfähigkeit von Koalitionen macht? Ich glaube zwar, dass wir massive Schwierigkeiten haben, in Europa eine gemeinschaftliche sozialdemokratische Politik zu formulieren, trotzdem finde ich, dass wir rückblickend vernünftig agiert haben, zum Beispiel im Hinblick auf die Regulierung der Arbeitsmärkte – da, wo wir sie *dereguliert* haben, haben wir Fehler gemacht.

Vogl: Ich möchte nicht, dass meine Bewunderung für die SPD unter den Tisch fällt. Und diese ist mindestens so groß wie für die katholische Kirche, welche es auch geschafft hat, mit der eigentümlichen Verbindung aus sozialem Anliegen und Machiavellismus zu überleben.

Gabriel: Es gibt in der katholischen Dogmatik den Begriff der Compassion, den Willy Brandt später aufgegriffen hat. Er bezeichnet die Fähigkeit, das Leben Anderer durch deren Augen zu sehen und mit ihnen zu empfinden. Ich finde den Ver-

gleich mit der katholischen Kirche nicht unehrenhaft: Diese zehrt vor allem von ihrer weihrauchgetränkten Mystik, während die Säkularisierung der Sozialdemokratie durch das Einschlagen dritter Wege dazu führte, dass ihr niemand mehr Zuspruch gewährte.

Pohl: Was könnte denn der sozialdemokratische Weihrauch sein?

Gabriel: Es geht darum, unseren Freiheitsbegriff wieder gegen den neoliberalen zu verteidigen. Menschen sollen aus ihrem Leben etwas machen können. Unsere Aufgabe ist es, Bedingungen zu schaffen, die ihnen dies ermöglichen, unabhängig

von Verhältnissen, die das angeblich verbieten.

Pohl: Eine gewisse ökonomische Grundlage gehört natürlich zur Freiheit dazu. Sollte Herr Gabriel also Herrn Hollande unterstützen?

Vogl: Mein Eindruck ist, dass in der Sozialdemokratie persönliche Auseinandersetzungen immer ein großes Problem darstellen. Die SPD sollte in ein paar Punkten stärker Farbe bekennen und auch klare Wendungen vollziehen. Vor allem in Bezug auf zwei wesentliche Fragestellungen: Zum einen hinsichtlich der Frage, an welcher Stelle das Konsortium aus Politik und Wirtschaft, welches sich in Deutschland bzw. in Europa gebildet hat und für das die SPD durchaus mitverantwortlich war, wieder zerbrochen werden kann. Zum anderen sollte die SPD ganz klar Stellung zu den Hartz IV-Gesetzen beziehen und vielleicht eine ähnliche Kehrtwende einleiten, wie es die Bundeskanzlerin in Sachen Atompolitik getan hat.

Pohl: Herr Gabriel, können Sie von Frau Merkel hinsichtlich politischer Beweglichkeit lernen?

Gabriel: Wenn man seine politischen Prinzipien mit Gleichgültigkeit vertritt, dann schon. Ich kann Herrn Vogl in Bezug auf seine erste Fragestellung nur vehement beipflichten. Ich verschweige in öffentlichen Debatten nicht, dass die Sozialdemokratie dem jahrzehntelangen Druck der Glaubenssätze verkündenden neoliberalen Theologen erlag und diesen folgte. Dies diskreditiert uns zu Recht in den Augen derjenigen, denen wir heute erklären, dass wir einen anderen Weg einschlagen möchten. Ein Problem der Sozialdemokratie und inzwischen auch der Grünen ist, dass sie zwar als gesellschaftliche Bewegungen gestartet sind, heute jedoch als Teil des Staates wahrgenommen werden. Da der Staat von der Mehrzahl der Menschen als etwas ihnen fremd Gegenüberstehendes wahrgenommen wird, wird auch Parteien, die als Teil des Staates gesehen werden, mit großer Vorsicht und Distanz begegnet.

Vogl: Dem würde ich widersprechen. Aus der zivilgesellschaftlichen Perspektive betrachtet, glaube ich nicht, dass der Staat als Feind gesehen wird. M.E. hat sich ein neues »Gefahrenbewusstsein« entwickelt, das sich auf die innige Verflechtung zwischen Staat und Markt oder Wirtschaft und Politik bezieht.

Gabriel: Wenn Sie damit Recht behalten, wäre ich froh. Ihre Aufforderung an die Sozialdemokratie, eine Neujustierung, ein Neuordnen der Bezugspunkte der einzelnen Akteure vorzunehmen, erachte ich als notwendig. In Bezug auf Hartz IV möchte ich Herrn Vogl jedoch widersprechen. Ich bin keineswegs der Meinung, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe falsch war; Falsch war die Art der Organisation des Niedriglohnssektors:

die unbegrenzte Öffnung für Leih- und Zeitarbeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Das waren zentrale Fehler der Agenda 2010, welche die Sozialdemokratie auch eingesehen hat.

Vogl: Hinsichtlich des sozialdemokratischen Problems der Prekarisierung von Arbeit sowie der Debatten um einen Mindestlohn hat die SPD sich selbst eine Falle gestellt, weil sie ihre eigenen Solidaritätsreserven – Beschäftigte, die Kraft ihrer Tätigkeit unfähig sind, sich beispielsweise gewerkschaftlich, solidarisch zu organisieren – gewissermaßen zerstört hat. Das war ein großes Eigentor, auch in parteistategischer Hinsicht. Ein zweiter nennenswerter, aber allgemeinerer Punkt ist die Frage, ob sich nicht innerhalb der letzten 30 Jahre die eigentümliche Anthropologie der SPD geändert hat. Sie ist groß geworden unter der Voraussetzung, dass es eine Klasse bzw. Bevölkerungsschicht gibt, die aus politisch mündigen, tätigen und selbstständigen Subjekten besteht. Im Zuge der Hartz IV-Gesetze ist dort plötzlich ein neuer Typus Mensch aufgetaucht: die Unmündigen, Faulen und Disziplinlosen. Damit ist die SPD zur Vorreiterin eines fragwürdigen Disziplinierungssystems geworden, einer Disziplinierungszumutung.

Gabriel: In Anlehnung an die Soziologie der Sozialdemokratie ist diese noch nie eine Partei der Arbeitslosen gewesen, das war schon eher die KPD.

Pohl: Es geht um die Schuldzuschreibung im Menschenbild.

Gabriel: Bezüglich der Definition von Arbeitslosigkeit fand in der Tat ein Paradigmenwechsel statt. Vorher war Arbeitslosigkeit aus klassischer sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Sicht gesellschaftlich verschuldet. Die Hartz IV-Reform hat jedoch eine Interpretation übernommen, bei der Arbeitslosigkeit überwiegend indi-

viduell verschuldet ist. Ich glaube, dass in Wahrheit beides zutrifft. Strategisch gesehen haben wir mit den Reformen noch viel Schlimmeres ausgelöst. Die sozialdemokratische Facharbeiterschaft hat sich immer darauf verlassen können, dass die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften ihnen helfen, wenn es eng wird. Die Vorstellung, dass die Sozialdemokratische Partei Menschen in schwierigen Situationen nicht mehr beisteht, sondern in noch größere Schwierigkeiten bringt, ist etwas, das sich in das Gedächtnis derjenigen eingebrannt hat, die eigentlich einmal die Ban-

» Es hat sich ein neues »Gefahrenbewusstsein« entwickelt, das sich auf die innige Verflechtung zwischen Staat und Markt oder Wirtschaft und Politik bezieht.«
(Joseph Vogl)

nerträger der Sozialdemokratie waren. Natürlich gewinnt die Sozialdemokratie zwar immer im Bündnis zwischen klassenbewussten Proletariern, also einer bewussten Arbeitnehmerschaft, und dem aufgeklärten Bürgertum sowie kritischen Intellektuellen – ohne die bewusste Arbeitnehmerschaft aber gewinnt die SPD auch keine Wahl.

Pohl: Wie könnte die SPD da konkret nachjustieren?

Vogl: Im Augenblick führen wir hier Diskussionen, in denen viele heterodoxe Meinungen kursieren, während die alten Agenten, die alten Unternehmen und alten Modelle schon wieder aktiviert sind, und das in den USA genauso wie in Deutschland. Hier würde man gern konkret formulierte Maßnahmenpakete auf deutscher und europäischer Ebene finden, die vor Maximalforderungen nicht zurückscheuen. Wir werden es uns nicht mehr leisten können, bestimmte Großbanken und internationale Finanzakteure zu refinanzieren, und man wird es sich auch nicht mehr leisten können, die ganze produzierende Industrie dem Diktat und den Renditeer-

wartungen der Finanzindustrie zu unterwerfen.

Pohl: Müssen Sie mutiger werden, als SPD, vielleicht auch utopischer?

Gabriel: Utopischer – das weiß ich nicht. Man kann den Menschen als Partei nichts versprechen, was man hinterher nicht einlösen kann – ich glaube die Erfahrung haben wir oft genug gemacht.

Vogl: Meiner Meinung nach ist die demonstrative Abgrenzungsstrategie gegen-

über der Linkspartei wenig hilfreich. Man wünscht sich eigentlich von der SPD die Eröffnung von Diskussionsspielräumen.

Gabriel: Ich glaube, wir sind uns darüber einig, was man in Europa verändern muss, vom Trennbankensystem über die Regulierung der Finanzmärkte und ein anderes Steuersystem. Es ist nicht vorrevolutionär zu behaupten, dass die augenblickliche Art des Umgangs mit dem Bankensystem in Europa die Gefahr birgt, dass es schlimmer, anstatt besser wird. Ich muss noch an den letzten Punkt von Herrn Vogl anknüpfen: Er fordert ein, mit der Linkspartei in eine Debatte zu gehen, wie man dieses Land anders regieren kann. Aber zuvor muss die Linkspartei noch ein Stück ihres Weges gehen. Eine 150-Jahre-alte Partei wie die SPD kann es sich wohl leisten, noch etwas abzuwarten und ein bisschen historische Gelassenheit zu üben. ■